

Resolution und Beschluss der Generalversammlung des VPOD Zürich Kanton vom 20. April 2016

Die kantonale Pensionskasse BVK ist ein Fiasko Wie lange noch schaut der Regierungsrat tatenlos zu?

Die Hoffnung, dass die kantonale Pensionskasse BVK mit ihrer Ausgliederung aus dem Kanton Zürich unter Leitung einer paritätisch geführten Stiftung endlich ihr völlig verlorenes Vertrauen zurückgewinnt, hat sich von Beginn weg in keiner Weise erfüllt.

BVK-Chef erhält massive Lohnerhöhung: Sozusagen als Startschuss in die Selbständigkeit beschloss der Stiftungsrat der BVK eine Lohnerhöhung von 120'000 Franken pro Jahr für Geschäftsführer Thomas Schönbächler – bei gleicher Funktion und gleichen Aufgaben. Dieser skandalöse Entscheid drang nur über Umwege an die Öffentlichkeit. Der Protest der BVK-Versicherten zusammen mit dem VPOD und die einhellige Verurteilung durch den Zürcher Kantonsrat zwangen den Stiftungsrat der BVK zu einem halben Rückzug. Er erhöhte den Lohn des BVK-Chefs „nur“ um 60'000 Franken.

Seither operiert der Stiftungsrat wie hinter Kremelmauern. Nach dem misslungenen Start versuchte der Stiftungsrat nicht etwa Vertrauen zurückzugewinnen, sondern verpasste sich in einem Reglement ein absolutes Schweigegebot über sämtliche Vorgänge innerhalb der BVK. Stiftungsräte und –rätinnen erhielten einen Maulkorb und dürfen unter Strafandrohung nichts sagen, was nicht schon von der BVK veröffentlicht wurde – nicht einmal gegenüber den Versicherten und denjenigen, die sie in den Stiftungsrat gewählt haben und die sie vertreten sollten.

BVK-Demontage und keine Einforderung der Korruptionsschäden: Im Sommer 2015 überrumpelte der Stiftungsrat die Versicherten mit einer beispiellosen BVK-Demontage. Trotz massiven Beitragserhöhungen per 1.1.2017 werden die Renten der zukünftigen Pensionierten einschneidend gesenkt. Der Stiftungsrat behauptet, er mache die BVK sicherer. Tatsächlich aber destabilisiert er die BVK: Er wirft den heute geltenden Sanierungsmechanismus über den Haufen. Künftig soll die Sanierung der BVK weitgehend den Launen der Finanzmärkte überlassen werden. Das ist verantwortungslos. Gleichzeitig brüstet sich der Stiftungsrat damit, die Arbeitgeber gegenüber der BVK zu entlasten. Das ist eine unsoziale Umsetzung auf Kosten der Versicherten und damit ein Skandal. Bei jeder vergleichbaren Pensionskasse tragen die Arbeitgeber zusätzliche Lasten mit.

Falsche Vorsorgeausweise: Im April 2016 hat der VPOD aufgedeckt, dass die BVK den Versicherten fehlerhafte und falsch berechnete Vorsorgeausweise zugeschickt hat. Die BVK gab dies in einem elektronischen Rundschreiben an die Versicherten wenigstens halbherzig zu. Die BVK weigert sich jedoch, allen Versicherten unaufgefordert neue, korrekt berechnete Versicherungsausweise zuzustellen. Dass die BVK diese simple Kernaufgabe nicht beherrscht, ist äusserst beunruhigend.

Der VPOD verlangt vom Regierungsrat und der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich, endlich dezidiert bei der BVK einzuschreiten:

- Die BVK muss Rechenschaft ablegen, weshalb sie nicht im Stande ist, korrekt berechnete Vorsorgeausweise zu erstellen.
- Die BVK muss allen Versicherten unaufgefordert neue, korrekte und transparente Vorsorgeausweise zustellen, die auch die mit Einführung des neuen Vorsorgereglements 2017 eintretenden Verschlechterungen anschaulich machen.
- Statt den Versicherten falsche Versprechen über höhere Verzinsungen ihrer Alterssparguthaben zu machen, soll der Stiftungsrat endlich aufzeigen, wie und in welchen Fristen er gedenkt, die BVK zu sanieren. Der bisherige griffige Sanierungsmechanismus soll beibehalten werden.

Auf die Pensionskassen im Allgemeinen und auf die BVK im Speziellen ist immer weniger Verlass. Darum unterstützt der VPOD Zürich Kanton die Initiative AHVplus des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), welche die AHV für alle massiv stärkt.

Zürich, 20. April 2016